

Thorsten Ramm

Die palästinensische Minderheit in Israel

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Abschlußarbeit

ZUR ERLANGUNG DES MAGISTER ARTIUM



IM FACHBEREICH 3 GESELLSCHAFTSWISSEN-
SCHAFTEN

DER JOHANN-WOLFGANG-GOETHE-
UNIVERSITÄT FRANKFURT AM MAIN

TEILSTUDIENGANG POLITOLOGIE
WBE INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Thema:

Die palästinensische Minderheit in Israel

VORGELEGT VON **THORSTEN RAMM**

AUS OFFENBACH AM MAIN

EINREICHUNGSDATUM: 15. JUNI 1999

Inhalt

A. Einleitung	4
B. Politischer und rechtlicher Rahmen der Minderheit	
1. Der Zionismus und seine Konzepte für den Umgang mit der arabischen Palästinensern.....	10
2. Die Verfassung des Staates.....	22
3. Die Unabhängigkeitserklärung.....	31
4. Das Rückkehrgesetz und das Nationalitätengesetz.....	34
5. Gesetze zur Landenteignung.....	40
6. Notstandsgesetze.....	49
7. Status der zionistischen Organisationen.....	57
8. Das Militär.....	65
C. Politische und gesellschaftliche Partizipation Wandel der Minderheit	
1. ... Die britische Mandatszeit.....	68
2. ... Von der Staatsgründung bis zum Junikrieg 1967	
2.1 Gesellschaftliche Situation und Identität.....	74
2.2 Die palästinensische Minderheit in der Sicht der jüdischen Mehrheit und der Regierung.....	79
2.3 Politische Partizipation.....	87
2.3.1 Die Arbeiterpartei (Mapai).....	88
2.3.2 Die Vereinigte Arbeiterpartei (Mapam).....	91
2.3.3 Die Kommunisten (Maki).....	94
2.3.4 Die palästinensische Al Ard-Bewegung.....	99

2.3.5 Kommunalräte und lokale Verwaltung	104
2.4 Die wirtschaftliche Lage der Minderheit.....	107
3. Die Situation nach 1967: Wachsendes Selbstbewußtsein	
3.1 Gesellschaftliche Situation und Identität.....	111
3.2 Politik gegenüber der Minderheit.....	122
3.3 Politische Partizipation.....	130
3.3.1 Die kommunistische Phase.....	130
3.3.2 Gründung neuer palästinensischer Parteien.....	134
3.3.3 Wachsende politische Bedeutung der Minderheit.....	141
3.3.4 Kommunalpolitik.....	148
4. Die wirtschaftliche Lage der Minderheit.....	152
D. Resümee	156
Literatur.....	162
Lebenslauf	167
Erklärung.....	167
Abbildung: Die Siedlungsgebiete der israelischen Palästinenser.....	9

A. Einleitung

Mit Beginn des Friedensprozesses zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarländern Anfang der neunziger Jahre rückte die Palästinenserfrage in den Mittelpunkt internationaler Politik. Der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation der Palästinenser in den 1967 von Israel besetzten Gebieten wurde noch nie soviel Aufmerksamkeit zuteil. Mit dem Beginn der Verhandlungen am 30. Oktober 1991 in Madrid erschien eine friedliche Lösung des Konfliktes zumindest nicht mehr gänzlich unwahrscheinlich, auch wenn konkrete Fortschritte zunächst nicht zu verzeichnen waren. Den Durchbruch brachte das Abkommen zwischen Israel und der PLO, das nach monatelangen Geheimverhandlungen in Oslo 1993 abgeschlossen wurde. Nach jahrzehntelanger erbitterter Feindschaft erkannten sich beide Seiten erstmals offiziell einander an und ermöglichten damit direkte Verhandlungen über die Zukunft ihrer Völker. Israel erklärte sich bereit, die PLO, die bis dato als "terroristische Organisation" galt, als offizielle Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Im Gegenzug akzeptierte PLO-Chef Yassir Arafat das Existenzrecht des Staates Israel und schwor der Gewalt sowie dem Terrorismus ab. Die Formel "Land gegen Frieden" wurde zu einem beiderseitig anerkanntem Prinzip, auf dessen Grundlage der Konflikt gelöst werden sollte. Auch wenn der Friedensprozeß seit der Wahl Benjamin Netanjahus (Likud) zum Premierminister nicht weiterkommt, erfreut sich die Palästinensische Autonomieverwaltung dank internationaler Unterstützung und Hilfsleistungen noch immer großer Aufmerksamkeit.

Anders dagegen die Palästinenser, die im Staat Israel leben. Sie kamen innerhalb des Friedensprozesses bislang nicht vor, ihre Interessen und Probleme spielten bei den Verhandlungen keine Rolle, ebensowenig werden sie von den geschlossenen Verträgen direkt tangiert. Denn anders als bei den Palästinensern in den besetzten Gebieten, die völkerrechtlich nicht Bestandteil des Staates Israel sind und von Israel selbst rechtlich auch nicht als solcher behandelt werden, stellt die palästinensische Minderheit ein internes Problem dar. Trotzdem ist die Zukunft der beiden Teile des palästinensischen Volkes unmittelbar miteinander verknüpft. Beide teilen eine gemeinsame Sprache, Herkunft und

Kultur. Beide gehören dem palästinensischen Volk an, das einen, wenn auch jeweils unterschiedlichen, Anspruch auf das Land des einstigen Palästina erhebt. Beide sind Teil des arabischen Volkes, das sich einst mit Israel im Kriegszustand befand (und teilweise de facto noch befindet) und überwiegend gespannte Verhältnisse zu dem jüdischen Staat unterhält. In einem unterscheiden sich die Palästinenser diesseits und jenseits der "grünen Grenze" jedoch voneinander: Während jene im Westjordanland und im Gazastreifen die Gründung eines eigenen Staates verfolgen, sehen die israelischen Palästinenser¹ ihre Zukunft im Staat Israel, dessen Bürger sie seit 1948 sind und demgegenüber sie sich loyal verhalten. Dementsprechend wollen sie nicht in einen künftigen palästinensischen Staat umziehen, sondern in Israel für Anerkennung und Gleichberechtigung kämpfen. Bei den israelischen Palästinensern handelt es sich um jene Menschen, die im Unabhängigkeitskrieg 1948 nicht geflüchtet sind oder vertrieben wurden, sondern innerhalb der Grenzen des späteren Staates Israel blieben – sowie um deren Nachkommen. Mittlerweile zählt die Minderheit 1.350.000 Menschen, was einem Bevölkerungsanteil von 18,6 Prozent entspricht. Davon sind wiederum 75 Prozent Moslems, 15,2 Prozent Christen und fast 9,8 Prozent Drusen, Kirkassen und Tscherkessen. Hinzu kommen noch einmal 172.000 Palästinenser in Jerusalem, die insofern einen Sonderfall darstellen, als daß sie die israelische Staatsbürgerschaft ablehnen, die ihnen der Staat 1967 angeboten hat.² Grund dafür ist, daß die Palästinenser in den besetzten Gebieten nach wie vor einen Anspruch auf Jerusalem als Hauptstadt eines künftigen palästinensischen Staates erheben. Deshalb ist Ost-Jerusalem nicht Gegenstand dieser Arbeit. Zum Vergleich: Im Westjordanland leben etwa 1,05 Millionen Palästinenser und im Gazastreifen etwa 700.000.³

¹ Für die nicht-jüdische Minderheit in Israel gibt es eine ganze Reihe von Bezeichnungen. Geläufig sind in der Literatur unter anderem "arabische Israelis", "israelische Palästinenser", "arabisch-palästinensische Israelis", "arabische Minderheit". Offizielle Statistiken und Veröffentlichungen differenzieren die Minderheit nicht als "Araber" oder "Palästinenser", sondern als "Moslems", "Drusen" und "Christen"; gelegentlich ist auch vom "arabischen Sektor in Israel" die Rede. Gegenwärtig überwiegt laut Umfragen das Selbstverständnis der Minderheit als Palästinenser vor dem (in dieser Reihenfolge) als Israelis und als Araber, wobei die jeweiligen Identitäten nicht ausschließlich gesehen werden, sondern versucht wird, daraus eine Synthese zu entwickeln. Für diese Arbeit wurde der Begriff "israelische Palästinenser" verwendet, weil er der Identität der Minderheit am nächsten kommt (siehe auch Kapitel 2.1 und 3.1.).

² Stendel, Ori: *The Arabs in Israel*, Brighton 1996, Seite 38ff.

³ Neserat, Hamdallah: *Die arabische Minderheit in Israel*, in: Givat-Haviva-Institut, Overseas Programming Department (Hg.): *Studienheft Nr.1 zum Seminar der Evangelischen Akademie Arnoldhain*, Givat Haviva 1998.

Die israelischen Palästinenser verteilen sich auf vier verschiedene Regionen (*siehe Grafik auf Seite 9*): Etwa die Hälfte von ihnen lebt im Galiläa (nördlicher Landesteil), wo sich auch Nazareth befindet, die mit 150.000 Einwohnern größte arabische Stadt Israels. Außerdem konzentriert sich die Minderheit im sogenannte Kleinen Dreieck, das in der Mitte des Landes zwischen der Grenze zum Westjordanland und dem Ballungsgebiet um Tel Aviv liegt. Der Negev, das Wüstengebiet im südlichen Landesteil, ist das traditionelle Siedlungsgebiet der Beduinen, einem einst nomadischen Volk, das aber mittlerweile größtenteils sesshaft geworden ist. Weitere Angehörige der Minderheit leben in den sogenannten gemischten Städten, in denen sie einen nennenswerten Bevölkerungsanteil stellen: Tel-Aviv-Jaffo, Lod, Ramle, Acre und Haifa.⁴ Gegenüber 1949 hat sich die Zahl der israelischen Palästinenser mehr als versechsfacht, was vor allem an der hohen Geburtenrate und der stark zurückgegangenen Kindersterblichkeit liegt; eine Einwanderung von Palästinensern hat es dagegen seit der Staatsgründung Israels so gut wie nicht mehr gegeben.

Auf den ersten Blick scheint das Zusammenleben zwischen Juden und Palästinensern in Israel geregelt zu sein und in gegenseitig akzeptierten Bahnen zu verlaufen: Die israelischen Palästinenser besitzen ebenso wie die Juden die israelische Staatsbürgerschaft und damit die vollen Bürgerrechte einschließlich aktivem und passivem Wahlrecht und partizipieren entsprechend am politischen Geschehen. Tatsächlich ist das Verhältnis beider Völker weit weniger von gewaltsamen Konflikten geprägt als jenes zwischen Juden und Palästinensern in den besetzten Gebieten. Eine Intifada der israelischen Palästinenser hat es nie gegeben, auch die Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen blieb vergleichsweise marginal. Die israelischen Palästinenser haben sich vielmehr schon in den fünfziger Jahren mit dem Staat Israel abgefunden, wenn auch nicht unbedingt freiwillig. Trotzdem bleiben Zweifel, ob sie tatsächlich integraler und gleichberechtigter Bestandteil des Staates sind. Anlaß dazu gibt die Tatsache, daß Israel sich selbst als *jüdischer Staat* definiert. Die Folge: Die palästinensische Minderheit existiert im Selbstverständnis Israels gar nicht. Die Palästinenser werden somit vom Staat ausgeschlossen. Zwar sind sie dessen Bürger mit allen Rechten, nur: Der Staat versteht sich selbst gar nicht als der ihrige, sondern ausschließlich als Staat und Heimstätte des jüdischen Volkes.

⁴ Gonen, Amiram: *The Arabs in Israel in the Wake of Peace*, Jerusalem 1993, Seite 20f.

Deshalb stellt sich die Frage: Impliziert dieses Selbstverständnis Israels nicht automatisch eine vom Staat ausgehende Ungleichbehandlung, also Diskriminierung der Minderheit? Müssen sich die Politik der Regierungen und die Arbeit der staatlichen Institutionen aufgrund der jüdischen Staatsdefinition nicht zwangsläufig vorrangig oder sogar ausschließlich den Interessen des jüdischen Volkes widmen? Kann ein ausschließlich jüdischer Staat gleichzeitig auch die Gleichberechtigung seiner nicht-jüdischen Bürger gewährleisten? Das sind die zentralen Fragen, der in dieser Arbeit nachgegangen werden soll. Ziel ist es zu untersuchen, ob und welche Formen der Diskriminierung vom Staat aufgrund seiner jüdischen Definition gegenüber der Minderheit ausgeht.

Im Teil B wird zunächst der theoretisch-rechtliche Rahmen dahingehend untersucht, welcher Platz der Minderheit im Staat Israel zugewiesen wird. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Definition Israels als jüdischer Staat: Wo ist sie manifestiert, und welche Bedeutung hat sie für die Mehrheit und welche Folgen für die Minderheit? Lässt sich aus der "Staats-Philosophie" bereits eine automatische Diskriminierung ableiten? Bedeutend sind in diesem Zusammenhang der Zionismus, der die zentrale Ideologie des Staates Israel war und trotz des mittlerweile entstandenen Postzionismus auch heute noch ist. Dargelegt werden soll, welche Konzepte die einzelnen Strömungen des Zionismus in Bezug auf die arabische Minderheit vorsahen und welche sich letztendlich durchsetzte. Da Israel keine geschriebene Verfassung hat, müssen andere grundlegende Dokumente herangezogen werden, um das Selbstverständnis Israels zu analysieren und den rechtlichen Status der israelischen Palästinenser näher zu beleuchten. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Unabhängigkeitserklärung, die Grundgesetze sowie das Rückkehr- und Nationalitätengesetz. Weitere Gesetze, von denen die Minderheit unmittelbar betroffen sind, werden ebenfalls berücksichtigt.

Im Teil C soll nun untersucht werden, wie der in B beschriebene, vorgegebene Rahmen im Alltag ausgefüllt wird – sowohl durch die Partizipation der Minderheit in der Gesellschaft als auch durch die Mehrheit in ihrem Verhalten gegenüber der Minderheit. Dabei kristallisieren sich zwei Phasen heraus: In der ersten Phase steht die Minderheit noch unter dem Schock des Jahres 1948, das die Araber bis heute als "nationale Katastrophe" (*al Nakbar*) bezeichnen. Die einstige arabische Mehrheit in Palästina wurde zu einer unfreiwilligen Minder-

heit in Israel ohne jegliche Führungselite. Sie versuchte, sich mit dem Status quo abzufinden und sich in den neuen Staat zu assimilieren. Weder gab es ein nationales Selbstbewußtsein noch eine nennenswerte aktive politische Partizipation. Die Mehrheit wiederum stand der arabischen Minderheit mit äußerstem Mißtrauen gegenüber und hielt sie durch die Militärverwaltung unter strikter Kontrolle. Dadurch wurden sämtliche Kontakte der Minderheit zur arabischen Welt abgeschnitten. Verschiedene Restriktionen (etwa Einschränkung des Grundrechtes auf Bewegungsfreiheit) verhinderten, daß politische Parteien und Institutionen entstanden. Gleichzeitig verfolgte die Regierung der Arbeiterpartei gegenüber der Minderheit eine Politik des "Teile und Herrsche" (Co-optation), die auf vorhandene, traditionelle Sozialstrukturen (Hamula) aufbaute und eine Modernisierung der arabischen Gesellschaft verhinderte.

Diese Situation änderte sich mit dem Juni-Krieg 1967 gründlich. Die Palästinenser in Israel hatten erstmals wieder Kontakt zu den Palästinensern im Westjordanland und im Gazastreifen. Die Folge: Die Minderheit definierte sich zunehmend als Palästinenser und weniger als Israelis. Insgesamt entstand ein größeres Selbstbewußtsein und Bestreben, durch verstärkte politische Partizipation und Nutzung demokratischer Instrumente ihre Rechte und Forderungen nach Gleichberechtigung durchzusetzen. Die Minderheit identifizierte sich mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten, unterstützte deren Intifada ideell und materiell, ohne selbst an dem Kampf teilzunehmen oder ihn gar in den Staat Israel zu tragen. Vielmehr sieht die Minderheit ihren Platz im Staat Israel, dessen demokratische Instrumente sie zunehmend aktiver nutzt. Möglich wurde dies auch durch eine tendenziell liberalere Einstellung der Mehrheit gegenüber der Minderheit. So wurde die Militärverwaltung abgeschafft und die Zulassung arabischer Parteien weniger stark behindert.

Der Schluß-Teil kommt noch einmal auf die Eingangsfrage zurück und faßt die Formen der Diskriminierung zusammen. Daran anschließend werden verschiedene Möglichkeiten aufgelistet, wie die Diskriminierung beseitigt werden kann, ob dafür der politisch-rechtliche Rahmen geändert werden muß und welche Perspektiven es für eine Verwirklichung dieser Ideen gibt. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf den Friedensprozeß gelegt werden.

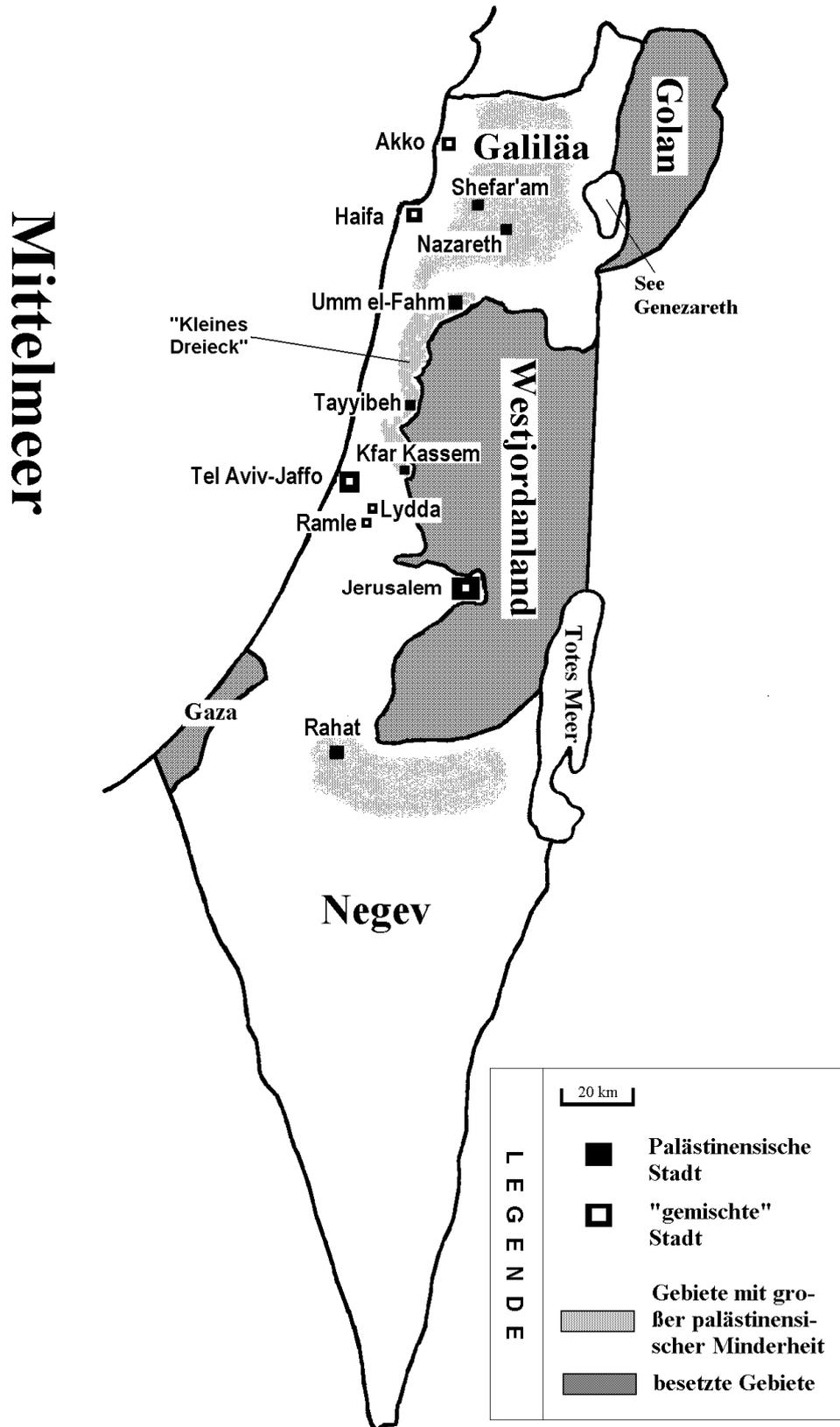


Abbildung 1: Die Hauptsiedlungsgebiete der Palästinenser in Israel.

Quellen: Ori Stendel: The Arabs in Israel, Brighton 1996.

Ian Lustick Arabs in the Jewish State, Austin 1980, Seite 42.

B. Politischer und rechtlicher Rahmen der Minderheit

1. Der Zionismus und seine Konzepte für den Umgang mit den arabischen Palästinensern

Die grundlegende Idee, die 1948 zur Gründung des Staates Israel geführt hat und noch heute seinen Charakter bestimmt, ist der Zionismus. Das religiös begründete Ziel, in die "Heimat Israel" zurückzukehren, wurzelt in der langen Verbundenheit des jüdischen Volkes mit dem Land Palästina, die vor mehr als 4000 Jahren begann. Im Mittelpunkt der zionistischen Idee steht die Auffassung, daß Israel die historische Geburtsstätte des jüdischen Volkes und daß jüdisches Leben anderswo auf der Erde ein Leben im Exil sei. Zu einer politischen Bewegung im Sinne einer nationalen Emanzipations- und Befreiungsbewegung wurde der Zionismus aber erst Ende des 19. Jahrhunderts. Sein Ziel war es, das Problem des Antisemitismus durch die Schaffung einer nationalen Heimstätte endgültig zu lösen. Weit verbreitet war diese Vorstellung anfangs jedoch nicht. Große Teile des Judentums vor allem in Westeuropa vertraten die Ansicht, daß allein die Assimilation in das nicht-jüdische Umfeld ein Mittel gegen den Antisemitismus sei. Tatsächlich waren die Voraussetzungen dafür nach der europäischen Aufklärung und der Französischen Revolution durchaus gegeben: Beides hatte den Juden in Westeuropa die rechtliche Gleichstellung gebracht. Ganz anders dagegen in Osteuropa: Hier litten die Juden unter Berufsverboten, Einschränkungen der Freizügigkeit und unter allgemein schlechten Lebensbedingungen. Die ökonomische Krise und die beginnende Industrialisierung, die zu einer Massenarbeitslosigkeit und Verarmung der Bevölkerung führte, ließ den Antisemitismus steigen. Die Schuld für die ökonomischen und sozialen Probleme wurden den Juden zugeschrieben. Die Folge waren Diskriminierung, Pogrome und ökonomischer Druck. In dieser Situation entwickelte sich Ende des 19. Jahrhunderts die zionistische Bewegung. Leo Pinska aus Odessa nannte 1882 in seinem Buch "Autoemanzipation" als einzige Lösung

der "Judenfrage" den Zusammenschluß aller Juden, ohne allerdings bereits einen eigenen Staat für die Juden zu fordern.⁵

Als eigentlicher Begründer des politischen Zionismus gilt der aus Wien stammende Journalist Theodor Herzl. Wenige Jahre nach der Dreyfus-Affäre – Herzl hatte als Reporter über den Prozeß berichtet – veröffentlichte er in Frankreich 1896 sein Buch "Der Judenstaat". Darin betrachtet er die Juden nicht mehr nur als religiöse Gemeinschaft, sondern als ein Volk, das der Diskriminierung, Verfolgung und dem langjährigen Antisemitismus nur durch die Gründung eines eigenen, jüdischen Staates entkommen könne. 1897 organisierte Herzl den Ersten Zionistischen Kongreß in Basel, bei dem als Ziel die Schaffung einer "öffentlich-rechtlichen Heimstätte" in Palästina beschlossen wurde. In seiner Eröffnungsrede sagte er: *"Wir wollen den Grundstein legen zu dem Haus, das dereinst die jüdische Nation beherbergen wird. Der Zionismus ist die Heimkehr zum Judentum noch vor der Rückkehr ins Judenland."*⁶ Die 196 Delegierten aus 16 Ländern verabschiedeten eine Resolution, das sogenannte Baseler Programm, in dem es heißt: *"Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen gesicherten Heimstätte in Palästina."*⁷ Ganz bewußt wurde das Wort "Staat" vermieden und durch den sehr vagen Begriff "Heimstätte" ersetzt, weil der türkische Sultan dies sonst als Versuch hätte verstehen können, sein Reich aufzuteilen. Der Baseler Kongreß wurde ein großer Erfolg: Die divergierenden Strömungen des Zionismus', der keineswegs eine homogene politische Ideologie war, hatten ein gemeinsames Ziel gefunden. Um Konflikte zwischen den Flügeln zu vermeiden, waren auch die weiteren Punkte des Baseler Programms recht vage gefaßt: *"1. Die zweckdienliche Förderung der Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden. 2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenheit durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landgesetzen. 3. Die Stärkung des jüdischen Volksgeföh-*

⁵ Ortlieb, Sylvia: Palästinensische Identität und Ethnizität, Köln 1995, Seite 61f.

⁶ Heid, Ludger: Nächstes Jahr in Jerusalem, in: Lichtenstein, Heiner / Romberg, Otto R. (Hg.): Fünfzig Jahre Israel: Vision und Wirklichkeit, Bonn 1998, Seite 12.

⁷ Ebd., Seite 13.

*les und Volksbewußtseins. 4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen."*⁸

Beeindruckt vom Erfolg des Kongresses schrieb Herzl in sein Tagebuch: *"Were I to sum up the Basle Congress in a word which I shall grant against pronouncing publicly – it would be this: At Basle I founded the Jewish State. If I said this out loud today, I would be answered by universal laughter. Perhaps in five years, and certainly in fifty, everyone will know it. The foundation of a state lies in the will of a people for a state."*⁹ Tatsächlich waren die meisten Juden wenig von der Idee überzeugt, einen jüdischen Staat zu gründen und damit das "Judesein" zu einer nationalistisch-politischen Kategorie zu erheben. Viele waren empört darüber, daß die "Judenfrage" öffentlich diskutiert und damit den Antisemiten recht gegeben werden sollte, in deren Augen die Juden schon längst ein Volk waren und nicht bloß eine Religionsgemeinschaft. Beim westlichen Judentum konnte der Zionismus bis zum Beginn des Nationalsozialismus keine breite Anhängerschaft gewinnen. Die Mehrheit hielt an der Strategie der Assimilation fest und wollte ihren hart erkämpften Platz in den jeweiligen Staaten und deren bürgerlichen Gesellschaften nicht aufs Spiel setzen, um in ein ungewisses und unwirtliches Land aufzubrechen.

Dagegen hielten die russischen Juden auch nach der Revolution von 1917 am Zionismus fest, obwohl diese der jüdischen Bevölkerung eine etwas liberalere Situation brachte.¹⁰ Die ersten jüdischen Einwanderer in Palästina stammten deshalb fast ausschließlich aus Osteuropa. Die erste Aliyah (1882 bis 1904) brachte 25.000 Juden nach Palästina, vor allem aus Rußland, Rumänien und Galizien. Ebenfalls Juden aus Rußland, etwa 40.000 meist junge Menschen, kamen mit der zweiten Aliyah (1904 bis 1919) nach Palästina, darunter auch die Gründer der Stadt Tel Aviv. Westeuropäische Juden wanderten erst in Folge des deutschen Nationalsozialismus in großem Umfang nach Palästina/ Israel ein. Ohne den zeitgenössischen Antisemitismus in Europa, der in Kontinuität einer jahrhundertelangen Verfolgungsgeschichte stand, wäre der moderne Zionismus als eine aktive Nationalbewegung kaum denkbar gewesen. Spätestens

⁸ *Nachrichten aus Israel*: Der erste Zionisten-Kongreß in Basel vom 29. bis 31. August 1897, Jerusalem 1999, Internetdokument: <http://www.nai-israel.com>.

⁹ Schulz, Michael: *Israel Between Conflict and Accomodation - Transfer of Collective Identities*, Göteborg 1996, Seite 122.

der Holocaust war für die Juden ein Zeichen dafür, daß sich eine Lösung ihres Schicksals nur in der Rückkehr in die historische Heimat (das Land Israel) bot.

Entstanden war der moderne Zionismus ursprünglich zwar aufgrund des Antisemitismus in Rußland, die Idee wurzelt jedoch in der Zeit der mitteleuropäischen Nationalstaatenbildung. Die Prinzipien des liberalen Nationalismus lauteten: Befreiung von der Fremdherrschaft und nationale Einheit in jenen Ländern, die in zahlreiche politische Einheiten zersplittert waren. "Ein Staat für jede Nation und die gesamte Nation in einem Staat", lautete das Motto des liberalen Nationalismus. Beim Zionismus handelte es sich um nichts anderes: Seine Anhänger wollten die Juden von feindlicher Fremdherrschaft befreien, die weit verstreuten Teile des Judentums zusammenführen und sie in einem eigenen, jüdischen Staat einen.¹¹ Daß das jüdische Nationalstaatenprojekt in Palästina verwirklicht werden sollte und nicht anderswo, war bereits beim Ersten Zionistenkongreß Konsens. Zwar hatte die englische Regierung Herzl zwischenzeitlich das Angebot gemacht, ein Gebiet in Uganda für jüdische Siedler zur Verfügung zu stellen. Doch das wurde von den meisten Zionisten abgelehnt, und Herzl bekräftigte beim Zionistenkongreß 1903 noch einmal: "*Das jüdische Volk kann selbstverständlich kein anderes Endziel haben als Palästina.*"¹²

Was die arabischen Bevölkerung in Palästina betraf, war der Zionismus von erstaunlicher Ignoranz gekennzeichnet: Die frühen Zionisten beschäftigten sich kaum damit, was mit den Arabern im künftigen Staat Israel geschehen sollte. Für sie spielte die arabische Bevölkerung allenfalls eine untergeordnete Rolle. Die meisten europäischen Zionisten lebten in der naiven Vorstellung, bei Palästina handele es sich um ein leeres Land. Selbst 1914 sprach Chaim Herzog, der spätere Präsident der World Zionist Organization (WZO) und des Staates Israel, noch von einem unbesiedelten Land: "*In its initial stage, Zionism was conceived by its pioneers as a movement wholly depending on mechanical factors: there is a country which happens to be called Palestine, a*

¹⁰ Ortlieb, Sylvia: Palästinensische Identität und Ethnizität, Köln 1995, Seite 63.

¹¹ Neuberger, Benyamin: Zionismus, in: Internetveröffentlichung der Presse- und Informationsabteilung der Botschaft des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1995, veröffentlicht im Internet: <http://www.israel.de>

¹² Heid, Ludger: Nächstes Jahr in Jerusalem, in: Lichtenstein, Heiner / Romberg, Otto R. (Hg.): Fünfzig Jahre Israel: Vision und Wirklichkeit, Bonn 1998, Seite 19.

*country without a people and, on the other hand, there exists the Jewish people, and it has no country. What else is necessary (...) to unite this people with this country?"*¹³ Ebenso bezeichnend für die Ignoranz ist der Ausspruch Max Nordaus gegenüber Herzl im Jahr 1897: *"In Palästina gibt es ja Araber! Das wußte ich nicht! Wir begehen also ein Unrecht!"*¹⁴ Ludger Heid stellt folglich fest: *"Die historischen Ansprüche der Araber auf das Land wurden schlichtweg übersehen. Nahum Goldmann hat in seinen Erinnerungen darauf hingewiesen, daß es 'einer der großen historischen Denkfehler des Zionismus' gewesen sei, daß er den arabischen Aspekt bei der Gründung des jüdischen Staates nicht ernsthaft genug zur Kenntnis genommen habe. Zum geflügelten Wort wurde der Satz: 'Gebt das Land ohne Volk einem Volk ohne Land.'"*¹⁵ Lustick kommt zu einem ähnlichen Ergebnis: *"Neither Zionist ideology, nor the program of the various organizations of the Zionist movement provided explicit guidance for the dealing with the small though substantial Arab minority."*¹⁶

Auch Herzl maß der arabischen Bevölkerung kaum Bedeutung bei, ignorierte sie aber nicht vollends. Das Problem wollte er durch eine "freiwillige" Umsiedlung lösen: *"The private lands in the territories granted to us we must gradually take out of the hands of the owner. The poorer amongst the population we try to transfer quietly outside our borders by providing them with work in the transit countries, but in our country, we deny them all work. Those with property will join us. The transfer of land and the displacement of the poor must be done gently and carefully."*¹⁷ Wollte Herzl 1895 "nur" den mittellosen Teil der arabischen Bevölkerung zur Umsiedlung bewegen, machte er vier Jahre später diese Einschränkung nicht mehr. Allerdings hielt er an seiner Idee fest, die Araber durch hohe Anreize zur Auswanderung aus Palästina zu bewegen und nicht durch Zwang. So schrieb Herzl an den arabischen Präsidenten des Stadtrates von Jerusalem, der Bedenken über die Konsequenzen des Zionismus geäußert hatte: *"You see another difficulty, Excellency, in the existence of the non-Jewish population in Palestine. But who would you think of sending*

¹³ Mashalha, Nur: A Land Without People: Israel, Transfer and the Palestinians 1946-1996, London 1997, Seite 61f.

¹⁴ Heid, Ludger: Nächstes Jahr in Jerusalem, in: Lichtenstein, Heiner / Romberg, Otto R. (Hg.): Fünfzig Jahre Israel: Vision und Wirklichkeit, Bonn 1998, Seite 22.

¹⁵ Ebd., Seite 22.

¹⁶ Lustick, Jan: Arabs in the Jewish State, Austin 1980, Seite 28.

them away? It is their well-being, their individual wealth which we will increase by bringing our own. Do you think that an Arab who owns land or a house in Palestine worth three or four thousand francs will be angry to see the price of his land rise in a short time, to see it rise five and ten times in value, perhaps in a few month?"¹⁸

In den zwanziger und dreißiger Jahren richteten die Zionisten ihre Aufmerksamkeit zunehmend auf die arabische Bevölkerung. Immer mehr vertraten die Auffassung, daß ein friedlicher Ausgleich mit ihr erreicht werden müßte. Zu den bekanntesten Vertretern einer Verständigung mit den Arabern zählten die deutschen Zionisten Martin Buber und Georg Landauer. Einen entsprechenden Vorschlag unterbreitete Buber dem zwölften Zionistenkongreß von 1921. In seinem Resolutionsentwurf schrieb er: *"Nicht um ein anderes Volk zu verdrängen oder zu beherrschen, streben wir in das Land zurück, mit dem uns unvergängliche historische und geistige Bande verknüpfen und dessen heute so dünn bevölkerter Boden, zumal bei intensiver und folgerichtiger Bewirtschaftung Raum genug für uns und für die ihn gegenwärtig bewohnenden Stämme bietet. (...) In einem gerechten Bund mit dem arabischen Volke wollen wir die gemeinsame Wohnstätte zu einem wirtschaftlich und kulturell blühenden Gemeinwesen machen, dessen Ausbau jedem seiner nationalen Glieder eine ungestörte, autonome Entwicklung sichert."*¹⁹ Seine Forderung nach einem binationalen Staat wurde von den Delegierten fast wortwörtlich in den Beschluß des zwölften Kongresses aufgenommen: *"Der Kongreß betont ausdrücklich, daß die jüdische kolonialisatorische Arbeit die Rechte des arbeitenden arabischen Volkes nicht beeinträchtigen darf."*²⁰ Erstmals erkannten die Zionisten damit das historische Recht der Araber an, im Land Palästina zu leben. 1926 gründeten Martin Buber und Arthur Ruppin "Brit Shalom", den "Friedensbund", um die binationale Lösung zu forcieren. Vier Jahre später legte Brit Shalom ein detailliertes Konzept für einen jüdisch-arabischen Bund in Palästina vor, der durch ein Abkommen zwischen den zwei Völkern erreicht werden sollte: *"Dieses Übereinkommen sollte feststellen: a) daß das gemeinsame politische Ziel*

¹⁷ Zureik, Elia: The Palestinians in Israel - A Study in Internal Colonialism, London 1979, Seite 42.

¹⁸ Ebd., Seite 38.

¹⁹ Dokumentiert in: Ansprenger, Franz: Juden und Araber in einem Land, München 1978, Seite 315f.

die Errichtung des Staates Palästina ist, in dessen Rahmen ein freies palästinensisches Gemeinwesen aus zwei Völkern gebildet werden sollte, jedes frei in der Verwaltung seiner eigenen, inneren Angelegenheiten, aber vereinigt in seinen gemeinsamen politischen Interessen, auf der Basis vollständiger Gleichheit der Rechte eines jeden (...) Wir halten es daher für richtig, daß a) jede repräsentative Körperschaft des Landes auf dem Prinzip des Binationalismus aufgebaut sein müßte und keiner Gemeinschaft gestatten dürfte, die andere zu beherrschen."²¹ Die Idee eines Ausgleichs mit den Arabern fand unter den Zionisten immer mehr Unterstützer. Selbst Chaim Weizmann befürwortete 1931 eine Gleichberechtigung der Araber, auch wenn er einen binationalen Staat nicht ausdrücklich erwähnte: *"The Arabs must be made feel, must be convinced, by deed as well as by word, that, whatever the future numerical relationship of the two nations in Palestine is, we, on our part, contemplate no political domination. But they must also remember that we, on our side, shall never submit to any political domination. Provided that the Mandate is both recognized and respected, we welcome an agreement between the two kindred races on the basis of political parity."*²²

Weniger eindeutig war dagegen die Haltung von David Ben-Gurion, der als erster Ministerpräsident Israels das Land später nachhaltig prägte. Vor allem in den dreißiger Jahren äußerte er sich oft widersprüchlich über die Zukunft der arabischen Bevölkerung und fand bis zur Staatsgründung keine einheitliche Linie. Aus allen seinen Äußerungen läßt sich eine unterschwellige Skepsis gegenüber den Arabern ablesen. 1929 lehnte Ben Gurion beim Parteitag der Mapai, dem Vorgänger der heutigen Arbeiterpartei, die binationale Lösung von Brit Shalom ab: *"We oppose the Brit Shalom not because of its desire for peace with the Arabs, but because of its attempts to obliterate the Jewish truth and to hide the Jewish flag as a price for peace. (...) Should a free Jewish people not be established here, then the Arab question has no meaning for us. We have no wish to be in Palestine as the 'Schutz-Juden' of the Mufti. (...) We are struggling with the Arab question because of our conception of a Great Zionism, because of the historic necessity that the Jewish masses must root*

²⁰ dokumentiert in: ebd.

²¹ Zitiert in: Ebd., Seite 81.

²² Zitiert in: Lustick, Jan: Arabs in the Jewish State, Austin 1980, Seite 33.